



II- 492 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH  
Der Bundesminister für Verkehr

Pr. Zl. 5.905/46-I/2-1970

208 / A. B.  
zu 102 / J.  
Präs. am 13. Aug. 1970

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abgeordneten z. Nationalrat Breiteneder und Genossen, Nr. 102/J-NR/1970 vom 17. Juni 1970: "Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten in kleinbäuerlichen Gebieten."

Zu obiger Anfrage erlaube ich mir einleitend mitzuteilen, daß gezielte Maßnahmen zur Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten in ländlichen Gebieten von meinem Ressort aus zwangsläufig nicht in jenem Ausmaß ergriffen werden können, wie dies bei anderen Ministerien der Fall sein mag. Dies ist in der Struktur und im Aufgabenrahmen meiner Ressortbereiche - vor allem was die Österreichischen Bundesbahnen und die Energieversorgung betrifft - begründet.

Im Rahmen der sich dem Bundesministerium für Verkehr bietenden Möglichkeiten sind aber nachstehende konkrete Veranlassungen realisierbar:

Seitens der Österreichischen Bundesbahnen könnte eine Förderung durch die in Aussicht genommene und teilweise bereits praktizierte Neuorientierung ihrer Anschlußbahnpolitik erblickt werden. Die Österreichischen Bundesbahnen verfügen auch über größere Grundflächen, die - wenn sie durch Anschlußbahnen erschlossen sind - zur Aufnahme von Betrieben geeignet sein könnten. An der Erfassung derartiger Flächen wird gearbeitet. Die Schaffung neuer Erwerbsmöglichkeiten ist auch im Bau von Haupt- und Kleinseilbahnen, deren Genehmigung und Beaufsichtigung in den Kompetenzbereich des ho. Ressorts fallen, zu erblicken.


Noch im laufenden Jahre werden ca. 10 neue Hauptseilbahnen dem Verkehr übergeben werden können.

Im Zuständigkeitsbereich der Österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung könnten neue Arbeitsplätze durch die Errichtung von Postämtern und Posthilfsstellen geschaffen werden, doch steht in diesem Jahr der vorgeschriebene Ausgaberahmen dieser Möglichkeit entgegen.

Auf dem Gebiete des Fernmeldewesens werden durch die Investitionstätigkeit auf indirektem Wege Arbeitsplätze und Arbeitsmöglichkeiten geschaffen, da die Schwachstromindustrie und sonstige Lieferwerke der Post- und Telegraphenverwaltung in solchen Gebieten vereinzelt Betriebe anstellen bzw. angesiedelt haben. Mit dem immer weiter fortschreitenden Ausbau des Fernmeldenetzes ist eine wichtige Voraussetzung für das wirtschaftliche Wachstum in diesen Gebieten gegeben. So werden im Rahmen des Fernsprechbetriebsinvestitionsgesetzes im Jahre 1970 81 Ortsnetze mit vorwiegend ländlicher Struktur ausgebaut. Von diesen genannten Ortsnetzen befinden sich 19 im Burgenland, 24 in Niederösterreich, 15 in Oberösterreich und 23 in der Steiermark. Es ist beabsichtigt, bis Ende 1971 weitere 38 Ortsnetze auszubauen, wovon 24 sich im Wald- und Weinviertel von Niederösterreich und 14 sich im Mühlviertel/OÖ befinden.

Wien, am 11. August 1970

Der Bundesminister:



A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Müller', is written over a horizontal line. Below the signature, there is a large, stylized flourish or mark that extends downwards and to the left.